

Gemeindereform 2000+ INFO



FÜNF JAHRE GEMEINDEREFORM 2000+

EIN GEMEINSCHAFTSWERK VON GEMEINDEN UND KANTON

Fünf Jahre sind es her, seit die Regierung im Frühling 1997 Luzern '99 lanciert hat. Das war auch die Geburtsstunde der Gemeindereform 2000+. Inzwischen hat sich die Reform vom «Projekt unter vielen» zum «eigenständigen Projekt mit Verfassungsgrundlagen» gemausert. Fünf Jahre Gemeindereform: ein Rückblick.

Auslöser des Reformprojektes war die massive Verschlechterung der Staatsfinanzen mit hoher Verschuldung und steigenden Defiziten. Ziel war es, eine Strukturreform in Verwaltung, bei den politischen und richter-

lichen Behörden und bei den Gemeinden zu erzielen. Die Strukturen des Kantons sollten in 26 Teilprojekten auf die aktuellen und zukünftigen Bedürfnisse angepasst werden. Im März 1997 genehmigte der Grosse Rat einen Kredit von 3 Mio. Franken für das Projekt Luzern'99. Drei Jahre später lag der Schlussbericht vor: 9 Teilprojekte waren bereits abgeschlossen, 13 steckten in der Umsetzungsphase, Gerichts- und Gemeindereform waren weitgehend geplant und zwei Projekte wurden nicht realisiert. Ein Erfolg für Luzern'99, der sich sehen lassen kann.

Das Wagnis hat sich gelohnt

In der Arbeit einer Exekutive gibt es immer wieder Situationen, wo uns nur mutige Entscheide einen Schritt vorwärts bringen. Wo wir – nach reiflicher und sorgfältiger Abwägung und in Wahrnehmung der Verantwortung für das Ganze – unsere MitbürgerInnen mit Ideen und Absichten konfrontieren müssen, die unangenehm sind. Manchmal sind es Absichten, die das Gewohnte in Frage stellen, von denen wir selbst nicht mit letzter Sicherheit wissen, ob sie wirklich zukunftstauglich sind.

In dieser Lage befand sich der Regierungsrat vor fünf Jahren beim Start der Gemeindereform. Ein kritischer Rückblick wird – wie bei allem, was Menschen tun – vermeidbare Fehler und Mängel zu Tage fördern. Aber entscheidend ist doch, dass wir heute ohne Übertreibung sagen können: Das Wagnis hat sich gelohnt.

Diese Gewissheit geben mir jene «Erfolge», die die Nachhaltigkeit des Reformprozesses garantieren: In den Gemeinden gibt es ein gestärktes Autonomiebewusstsein, verbunden mit einer gesteigerten Bereitschaft zu Eigenverantwortung, zu Reform und Veränderung. Das Projekt Gemeindereform verstärkte die Notwendigkeit, das Gespräch zwischen den Gemeinden und dem Kanton zu verstetigen und vertiefen. Damit trägt es zu einer besseren und vertrauensvolleren Zusammenarbeit bei.



Paul Huber
Regierungsrat

Idee und der Paukenschlag

Die Gemeindereform, als grösstes und komplexestes der Teilprojekte von Luzern'99, hatte einen Zeitrahmen bis ins Jahr 2008 erhalten. Sie sollte prozesshaft und unter Einbezug der Hauptbetroffenen – Gemeinden und Einwohnerschaft – durchgeführt werden. Von einer Gemeindegrösse von 3000 Einwohnerinnen und Einwohnern, von Fusionen und Druck war die Rede und auch von Einsparungen in der Höhe von mehreren Dutzend Millionen Franken.

Der so genannte Paukenschlag setzte vorerst viele Gemüter in Bewegung: Es wurde reklamiert und kritisiert. Einigkeit bestand aber darin, dass sich im Kanton Luzern etwas bewegen musste. Schon anderthalb Jahre später wird im ersten Planungs- und Rechenschaftsbericht festgehalten: «In der Zwischenzeit wird das Projekt und dessen Entwicklung bei den Gemeinden und Interessenvertretern, namentlich dem Verband der Luzerner Gemeinden (VLG), wesentlich differenzierter wahrgenommen und positiver beurteilt.» In den Regionen hatten Feierabendgespräche zwischen Kantonsvertretungen und Gemeindebehörden stattgefunden, was zur Sensibilisierung und Annäherung der Standpunkte geführt hatte. Allmählich wuchs die Bereitschaft zu konkreten Schritten.

Beginn der Planung

In Projektleitung und Arbeitsgruppen wurden Ziele und Massnahmen formuliert und die Umsetzung an die Hand genommen. Die Projektziele hiessen: Steigerung der Effizienz und Stärkung der Gemeinden. Die Massnahmen wurden in drei Teilprojekte aufgeteilt: Aufgaben-, Finanz- und Strukturreform. Die neue Aufgabenzuteilung orientierte sich am so genannt «mittleren Leistungsniveau». Bei der Finanzreform galt es, ein neues Finanzausgleichsmodell zu erarbeiten. Bei der Strukturreform sollten Pilotprojekte neue Möglichkeiten für Zusammenarbeit und Zusammenschlüsse zwischen den Gemeinden aufzeigen.

Auf den ersten Zwischenbericht hatte der Grosse Rat mit acht Bemerkungen reagiert. Er verlangte explizit, dass es in der Gemeindereform keine Zwangsfu-

sionen geben darf, alle Gemeinden in die Reform einzubeziehen sind – insbesondere auch die grösseren – und dass nach effizienteren und demokratischeren Modellen für die interkommunale Zusammenarbeit gesucht werden muss.

Es tut sich viel

Der abschliessende Planungsbericht vom März 2000 macht deutlich, dass in den ersten drei Jahren der Gemeindereform sehr vieles in Bewegung gekommen war. Eine Vielzahl von neuen Zusammenarbeiten in den Gemeinden waren entstanden. Fast die Hälfte der Gemeinden hatte sich an einem der zwölf Pilotprojekte beteiligt. Deutlich signalisiert wurde vom Regierungsrat, dass er diese Zusammenarbeitsformen unterstützt. Erste Priorität aber wollte er auf die Gemeindevereinigungen legen und dafür



Das Hauptziel: starke Gemeinden

Bei der Aufgabenreform wurden die Grundkriterien formuliert. Zum Hauptziel werden die Entflechtung der Aufgaben und damit die Klärung der Zuständigkeiten. Gleichzeitig werden optimale Betriebsgrössen angestrebt. Als Grundphilosophie bleibt die Stärkung der Gemeinden.

Kernstück der Finanzreform ist ein neues Modell für den Finanzausgleich, bei dem auf den indirekten Finanzausgleich und den Maximalsteuereffuss verzichtet wird. An seine Stelle tritt mit dem Ressourcenausgleich ein markanter Ausbau des Steuerkraftausgleichs. Überdurchschnittliche Lasten werden durch einen Strukturausgleich aufgefangen. Mehr Aufgaben und Finanzautonomie führte unweigerlich zur Frage, wie Umfang und Leistung des Angebots in den Gemeinden sichergestellt werden können. Dies soll mit dem Ausbau eines gemeindeeigenen Controlling-Systems erreicht werden.

Gegenseitige Annäherung

«Wir sind partnerschaftlicher geworden», so das Fazit von Projektleiter, Beat Hensler, nach drei Jahren. Vor allem das Verhältnis zwischen Kanton und Gemeinden habe sich verbessert. Auf Kantonsseite stünden Gemeindevereinigungen nicht mehr derart im Zentrum und: «Bei den Gemeinden ist die Einsicht gestiegen, dass sie sich verändern sollten.» Mit dieser Beurteilung der Planungsphase übergibt er die Leitung im Herbst 2000 an Judith Lauber. Damit ist das Projekt in eine zweite Phase getreten. Was in Führungsgremien, Fach-

➤ *«Bei den Gemeinden ist die Einsicht gestiegen, dass sie sich verändern sollten.»* ◀

ein entsprechendes Anreizmodell schaffen. Zudem sollten die regionalen Zentren gefördert werden. Insgesamt tritt der Spargedanke gegenüber längerfristigen Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinden in den Hintergrund.

und Arbeitsgruppen entwickelt und gedacht worden ist, soll in einem nächsten Schritt umgesetzt und realisiert werden. Schliesslich erhält das Reformprojekt auch einen neuen Namen: «Gemeindereform 2000+».

EIN FUNDAMENTAL WICHTIGER PROZESS

James Sattler ist seit zehn Jahren Gemeindeammann von Root und steht dem Regionalplanungsverband Luzern vor. Seit zwei Jahren ist er Präsident des Verbands Luzerner Gemeinden VLG. Mit all diesen Erfahrungen ist er ein grosser Kenner der Politik des Kantons Luzern. Im Prozess der Gemeindereform engagiert er sich wie kein Zweiter. Wie sieht seine Standortbestimmung aus?



Wo liegt für Sie die Bedeutung der Gemeindereform 2000+ für den Kanton Luzern?

James Sattler: Dieser Prozess ist fundamental wichtig für den Kanton.

Was hat sich in den fünf Jahren ereignet?

Ein Gesinnungswandel auf beiden Seiten ist feststellbar. Inzwischen lösen Kanton und Gemeinden die Probleme nahe beieinander. Beim Kanton auf Regierungs- und Verwaltungsebene. Noch sind nicht alle Departemente in gleicher Weise am Prozess beteiligt. Der Transfer auf Verwaltungsstufe ist besonders anspruchsvoll. Auf der anderen Seite befinden sich die Gemeinden mit Behördemitgliedern und Verwaltung. Auch hier gibt es Befürworter und kritisch Eingestellte.

Und wo steht der VLG?

Der VLG hat die Reform von Anfang an gewünscht und auch unterstützt. Vielleicht nicht gerade die Art und Weise, wie der Start erfolgt ist. Doch der Prozess konnte in guter politischer Zusammenarbeit in eine sinnvolle Richtung gebracht werden.

Sie sagen, der Start war nicht optimal.

Die magische Zahl von 3000 war für viele wie ein Speer ins Herz. Doch das ist korrigiert. Im neuen Finanzausgleich werden die Kleingemeinden eher gestärkt. Aber auch sie werden sich bewegen und überlegen müssen, in welchen Teilbereichen sie sich zusammenschliessen.

Wie steht es mit dem grössten Ziel der Gemeindereform: Gemeindeautonomie. Ist sie auf gutem Weg?

Unter Autonomie verstehen alle etwas anderes. Auf der einen Seite möchten die Gemeinden möglichst viel Gestaltungsfreiraum. Aber es macht keinen Sinn in ein Muster zu verfallen, in

dem die Gemeinde jedes Lehrmittel, den Inhalt des Unterrichts, ja selbst die Löhne selber bestimmt. Autonomie muss sich auch in Grenzen halten.

Welche Autonomie erachten Sie als ideal?

Die Gemeinde soll vor allem in jenen Bereichen organisieren und verantwortlich sein, wo sie ihre Stärken hat. Wo das ist, wird im Prozess der Aufgabenteilung diskutiert werden müssen. Dabei wird man sich weder an die kleinste Gemeinde halten noch an die Stadt Luzern.

Sie sprechen vom mittleren Leistungsniveau?

► *Die Gemeinde soll vor allem in jenen Bereichen organisieren und verantwortlich sein, wo sie ihre Stärken hat.* ◀

Dieser Begriff ist heute noch eine reine Worthülse, ein theoretischer Begriff, den es nun mit Inhalt zu füllen gilt. Ein Beispiel dafür könnte das untere Seetal mit dem Verwaltungszentrum sein. Aber auch wir hier im Rontal, die wir ein Steueramt im Haus haben, müssen überlegen, wie wir die Arbeit optimieren können.

Wir realisieren allmählich, dass Globalisierung nicht das höchste aller Ziele sein kann. Dennoch zielt alles nach Vergrösserung von Verwaltungen, Gemeinden, Regionen. Was ist der Grund für diese Entwicklung?

Es ist die Komplexität der Aufgaben, aber auch eine Frage der Hilfsmittel. Wir haben heute zum Beispiel riesige Investitionen in der EDV. Es ist nicht möglich, dass jede Gemeinde über die gesamte Infrastruktur verfügt. Sie ist kaum mehr zu finanzieren, zudem ist die Arbeit in Kleinstpensen nicht effizient. Von Bund und Kanton gibt es ständig neue Gesetze. Allein schon hier à jour zu bleiben ist sehr anspruchsvoll. Der Trend geht weg von der Generalisierung hin zur Spezialisierung.

Eines ist klar: Die Gemeindereform fordert die Gemeinden gewaltig. Gibt es dabei auch Chancen?

Durchaus: Wie bei jeder erfolgreichen Unternehmung können sich auch die Gemeinden gemäss ihrem Wert positionieren.



Die Gemeinden sind aufgefordert zu überlegen, wo liegen unsere Stärken, was behalten und kultivieren wir – was lassen wir mit Vorteil weg?

Sehen Sie auch Gefahren in diesem Prozess?

Die Gefahr liegt in der Länge des Reformprojektes. Es dauert jetzt schon fünf Jahre, mindestens fünf Jahre werden es nochmals sein. In dieser Zeit gibt es immer wieder Veränderungen, die Parlamente und Gemeindebehörden werden neu bestimmt. Hier droht der Verlust der Konstanz. Wir müssen dafür sorgen, dass wir die grossen Linien behalten. Das heisst, sich immer wieder auf die Grundlagen besinnen. Ich bin aber optimistisch, dass wir an unser Ziel gelangen.

Der Finanzausgleich ist weit fortgeschritten, er steht kurz vor der Abstimmung.

Nach der ersten Lesung bin ich überzeugt, dass er auch bei der Bevölkerung gut ankommt. Klar, es gibt Gemeinden, die fahren besser als andere. Das liegt in der Natur der Sache. Im Gegensatz zum Paukenschlag haben kleine Gemeinden aber eine gute Überlebens-Chance.

Sie wirken überzeugt, dass der Finanzausgleich bei der Abstimmung durchkommt. Was macht Sie so sicher?

Das, was Bundesrat Kaspar Villiger kürzlich ausgedrückt hat: Wir müssen Milliarden Franken sparen. Wenn wir den Finanzausgleich nicht durchbringen, droht dem Kanton Luzern die Situation, die wir von der Vergangenheit her gut kennen: Neue Sparpakete werden geschnürt. Was uns dann bleibt, ist der gegenseitige Jammer; aber dagegen können wir nichts unternehmen. Der Finanzausgleich mit der Gemeindereform als Ganzes sind Mittel, die finanzielle Situation im Kanton besser in den Griff zu bekommen. Dieses Faktum wird die Bevölkerung überzeugen.

Sind Sie zufrieden mit dem, was in Sachen Gebietsreform in den fünf Jahren geschehen ist?

Ja, denn ein Gesinnungswandel in den Gemeinden hat stattgefunden. Ich erachte die Gebietsreform als etwas Freiwilliges, mit der sich die Gemeinden bewegen können. Die Stimmberechtigten einer Gemeinde werden sich genau überlegen, was es wert ist aufrechtzuerhalten und was es aufzugeben gilt.

Der VLG engagiert sich in der Gemeindereform sehr stark. Wie sehen Sie seine Aufgabe?

Der VLG will die Gesamtinteressen aller Gemeinden in den Prozess einbringen. Er kann und will keine Partikularinteressen vertreten. Sein Ziel ist es, sich für diesen Staat einzusetzen, für die Bürgerinnen und Bürger dieses Kantons. Dabei vertreten wir möglichst alle Regionen – Landschaft, Agglomeration, Stadt - und sind bemüht, alle Fachbereiche in den Prozess einzubinden. Dazu sind wir auf Leute angewiesen, die sich zur Verfügung stellen.

Der Reform wird zugute gehalten, sie sei ein partnerschaftlicher Prozess zwischen Kanton und Gemeinden. Sehen Sie das auch so?

Tatsächlich hat sich ein Miteinander entwickelt. Auf beiden Seiten ist der Wille vorhanden, gemeinsam gute Lösungen für die Zukunft zu finden. Dieses Denken ist auch im Parlament spürbar und müsste sich vermehrt auch in den Gemeinden zeigen. Wir alle sind auch Bürgerinnen und Bürger des Kantons Luzern.

Interview: Bernadette Kurmann

Das PASL-Projekt

Auf der Landschaft hat sich in Sachen Gebietsreform und Zusammenarbeit bereits einiges getan. Schwerer tun sich die Gemeinden rund um die Stadt Luzern, obwohl das Projekt PASL genau dieses Ziel verfolgt.

James Sattler erachtet «eine Gemeinde Luzern und Agglomeration» als nicht realistisch. Der Prozess gestalte sich steiniger als auf der Landschaft. Das Problem dabei sei, dass der Stadtluzerner sich als Stadtluzerner fühle und nicht der Agglomeration zugehörig. Das Rontal indessen verstehe sich eher als ländlich. James Sattler: «Alle haben sie genügend Ressourcen und können alles selber machen. In der Agglomeration gibt es gar mehrere Städte, die eigenständig funktionieren.»

Natürlich meint auch James Sattler, dass in Stadt und Agglomeration Anstrengungen zu unternehmen sind, wie vermehrt zusammengearbeitet werden kann. Schliesslich mache es keinen Sinn, wenn jede Gemeinde Teilbereiche in kleinen Pensen bearbeite. Es brauche auch für die Agglomeration professionellere Lösungen. Für ihn denkbar sind Lösungen gar über die Kantonsgrenze hinaus.

Handlungsbedarf sieht er beim Verkehr. Doch gerade hier liege die Zuständigkeit auch beim Kanton. Ein weiterer Bereich, die Entsorgung, funktioniere bereits bestens. Als nicht denkbar erachtet der Gemeindeammann von Root einen separaten Finanzausgleich für die Stadt und Agglomeration. «Das ergäbe endlose Diskussionen. Wo fängt die Agglomeration an, wo hört sie auf?» Was für James Sattler unbestritten ist, ist der Bedarf der Agglomeration nach einem Gremium, das die Aktivitäten koordiniert. Dieses sieht er jedoch nicht in der Form eines Parlamentes.



DIE UMSETZUNG AUS SICHT DER LEITERIN DES AFG

GEMEINSAME ARBEIT AN DER ZUKUNFT

Seit anderthalb Jahren ist Judith Lauber Leiterin des Amtes für Gemeinden AfG und damit liegt auch die Leitung der Gemeindereform 2000+ bei ihr. Seit das Projekt in die Umsetzungsphase getreten ist, ist sie mit dabei. Was hat sich in dieser Zeit getan?

Vor allem die Abstimmung über den Gemeindeartikel oder die Behandlung des Anreizdekretes und die Erarbeitung des Finanzausgleiches hat die Leiterin des Reformprojektes hautnah und als spannend erlebt. Dies, obwohl die Abstimmung zum Gemeindeartikel keine hohen Wogen geworfen hat und die Hürde mit einer geringen Wahlbeteiligung genommen wurde. Weshalb hat der Gemeindeartikel diese grosse Bedeutung für sie? «Im Gemeindeartikel werden grund-

bestritten, dass das alte Modell seine Aufgabe nicht mehr erfüllen konnte. Allen ist klar, dass eine neue Lösung gefunden werden muss. Das vorliegende Modell ist gut. Die Prognosen für die Abstimmung erachte ich als sehr gut.»

Die Finanzreform wird gerne als das «Herzstück» des Reformprojektes bezeichnet. Auch die Leiterin räumt der Finanzreform einen hohen Stellenwert ein, weil sie einerseits den Gemeinden Ver-

projekten. Waren sie anfänglich noch eher im Theoretischen oder Rechnerischen verhaftet, sind sie im Hitzkirchertal oder Michelsamt konkretisiert worden. Vor allem die Fusionsbestrebungen zwischen Beromünster und Schwarzenbach verfolgt sie mit besonderem Interesse: «Sie ermöglichen es, dass wir uns mit sehr konkreten Fragen auseinander setzen können: Welche Elemente hat ein Fusionsvertrag? Wie findet der kleinere Teil der Bevölkerung in der neuen Gemeinde politische Berücksichtigung? Wie ist das Bürgerrecht in der neuen Gemeinde geregelt? Welche Massnahmen sind bei einer Namensänderung zu treffen? In dieser Art gibt es zahlreiche Details zu klären. Die Auseinandersetzung mit solchen Fragen gibt der Gemeindereform die nötige Bodenhaftung.»

Motor für die Sensibilisierung

Für die Tatsache, dass – ganz im Gegensatz vor fünf Jahren – der Begriff Fusion kaum noch Emotionen zu wecken vermag, sieht die Juristin gleich mehrere Gründe: Da fehlten einerseits einigen Gemeinden die finanziellen Ressourcen, um in Zukunft problemlos über die Runden zu kommen. Die personelle Seite sei ein weiterer Faktor für diese Kehrtwendung. Die Aufgaben einer Gemeindebehörde würden immer schwieriger und anforderungsreicher. Längst sei ein sol-

► Fusionen sind salonfähig geworden. ◀

gende Organisationsstrukturen der Gemeinden festgelegt. Vorher war der Grosse Rat zwar laufend via Planungsberichte informiert worden, verbindlich Stellung beziehen konnte er aber nicht. Auch die Bevölkerung ist vorher nie befragt worden, was sie vom Projekt Gemeindereform 2000+ hält. Es entspricht unserer demokratischen Kultur, dass grundlegende Änderungen im Gesetz festgeschrieben werden und der Souverän diese Änderungen am Ende gutheisst oder eben nicht.» Die Unterstützung durch den Grossen Rat und die Meinung der Bevölkerung haben dem Projekt eine wichtige Orientierung gegeben.

antwortung zurückgibt, andererseits für eine gerechte Verteilung der Finanzströme im Kanton sorgt. Was sagt sie zu den kritischen Stimmen, die vor dem neuen Finanzausgleich lieber die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden unter Dach gehabt hätten? Judith Lauber beurteilt diese Auseinandersetzung als Streit um des Kaisers Bart: «Ausschlaggebend war, die Autonomie der Gemeinden zu stärken. Der Finanzausgleich ist das Mittel dazu, dieses Ziel möglichst rasch umzusetzen. Die Aufgabenteilung ist ein Projekt, das längere Zeit in Anspruch nehmen wird.»

Bodenhaftung durch Gemeindeprojekte
Erfreulich – nicht nur für Judith Lauber – ist die Entwicklung bei den Gemeinde-

Gute Prognosen für den Finanzausgleich

Der Finanzausgleich ist soeben im Grossen Rat behandelt worden und war im Grundsatz eigentlich kaum bestritten. Welche Chance räumt die Leiterin des AfG dem neuen Modell ein? «Es ist un-

► Die Zentren haben im Verlaufe der Gemeindereform eine immer grössere Bedeutung erhalten. ◀



ches Amt – meist in einem kleinen Pensum ausgeführt – nicht mehr sehr attraktiv. Lauber: «Die Verantwortlichen in den Gemeinden merken zusehends, dass sich viele Probleme nicht mehr länger innerhalb der eigenen Grenzen lösen lassen, dass es dazu einen weiteren Blickwinkel braucht und es sinnvoller ist, z. B. die Raumplanung regional zu gestalten. Andererseits stösst die bestehende Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden an ihre Grenzen.» Alles zusammen seien Faktoren, die dazu geführt hätten, dass Gemeindefusionen nüchterner betrachtet werden. «Klar», meint die Chefin des AfG, «dabei hatte die Gemeindereform eine Motorenfunktion. Durch sie sind diese Themen auf den Tisch gekommen, sie hat für solche Fragen sensibilisiert.»

➤ *Ich erfahre die Zusammenarbeit mit den Gemeindevertreterinnen und -vertretern als sehr positiv und gegenseitig befruchtend.* ◀

Zentren machen den Kanton vielfältig

Judith Lauber spricht vom Über-die-Grenzen-hinweg-Schauen, regional denken. Die Zentren haben im Verlaufe der Gemeindereform eine immer grössere Bedeutung erhalten. Wie kommt es dazu? Für sie sind die Zentren eine Zeiterscheinung, begünstigt durch die Mobilität der Menschen, die in den Zentren arbeiten, einkaufen, sich dort kulturell betätigen. «Das stärkste Zentrum ist uneingeschränkt die Stadt Luzern. Aber für den Kanton sind auch regionale Zentren wichtig, sie machen den Kanton vielfältig und nur durch sie ist eine Dezentralisierung möglich. Starke regionale Zentren stärken die Regionen für die Zukunft.»

Kreativität und Flexibilität gefordert

Fünf Jahre wurde gedacht, geplant, entwickelt. Erfahrungen in diversen Projekten wurden gesammelt, der Finanzausgleich kann bald realisiert werden, die Aufgabenteilung ist im Gange: Welche Arbeiten stehen noch an? Schritt für Schritt wird nun die Aufgabenteilung an die Hand genommen. Lauber. «Das bedeutet konkret, dass das bisher Entwickelte nun in Gesetzesform gebracht werden muss. Das ist eine langwierige und minutiöse Arbeit, eine Arbeit, die uns mehrere Jahre in Anspruch nehmen wird.»

Vor anderthalb Jahren ist sie angetreten und wurde vorerst einmal ins kalte Wasser geworfen. Heute wirkt sie so frisch und begeistert wie eh und je.

Was fasziniert sie an der Arbeit? «Es ist die Lebendigkeit dieses Reformprojektes», sagt Judith Lauber: «Obwohl wir fünf Jahre hinter uns haben, befinden wir uns nach wie vor in einem Projekt, bei dem der Ausgang erst noch erarbeitet werden muss.» Nicht immer

sei der Lösungsweg von vorneherein klar. Kreativität und Flexibilität seien von allen Beteiligten gefordert, um das Projekt immer wieder am Laufen zu halten. Judith Lauber verweist auf die Zusammenarbeit mit den vielen Vertreterinnen und Vertretern der Gemeindebehörden: «Ich erfahre diese Zusammenarbeit als sehr positiv und gegenseitig befruchtend. Ich bewundere die Art vieler Gemeindevertreter, wie sie hinstehen und sich überzeugt für einen Weg einsetzen. Es ist spürbar, dass wir beim Kanton und die Verantwortlichen in den Gemeinden am gleichen Strick ziehen: an einer optimalen Zukunft im Kanton Luzern.»

